

Zuger Gymnasiasten übernehmen das Kommando

Die Wirtschaftswochen kehren in den Kanton Zug zurück

Nach acht Jahren Unterbruch kehren die Wirtschaftswochen in den Kanton Zug zurück. Ende Juni schlüpfen Schüler und Schülerinnen der Kantonsschule Menzingen in die Rolle von Unternehmensleitenden und erleben während einer Woche, wie anspruchsvoll wirtschaftliche Entscheidungen in der Praxis sein können.

Theorie allein reicht nicht aus, um wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Genau hier setzen die Wirtschaftswochen an, die vom 29. Juni bis 3. Juli erstmals seit 2018 wieder im Kanton Zug stattfinden. Organisiert werden sie von der Zuger Wirtschaftskammer gemeinsam mit der Zürcher Handelskammer. Gastgeberin der diesjährigen Ausgabe ist Glencore in Baar.

Rund 20 Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen erhalten dabei die Möglichkeit, eine Woche lang unternehmerisches Denken und Handeln aus nächster Nähe kennenzulernen. Statt Schulbücher stehen strategische Entscheidungen, wirtschaftliche Herausforderungen und die Verantwortung für ein Unternehmen im Mittelpunkt.

In der Rolle der Geschäftsleitung Kernstück der Wirtschaftswoche ist eine realitätsnahe Unternehmenssimulation. Die Jugendlichen bilden die Geschäftsleitung eines fiktiven Unternehmens und müssen gemeinsam Entscheidungen treffen, die den Erfolg oder Misserfolg ihrer Firma beeinflussen. Dabei lernen sie, dass wirtschaftliche Fragen selten einfache Antworten kennen. Neben Themen wie Finanzierung, Marketing oder Produktion beschäftigen sie sich auch mit Zielkonflikten zwischen Wirtschaftlichkeit, gesellschaftlicher Verantwortung und



Rund 20 Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen können während einer Woche unternehmerisches Denken praxisnah erleben.

Foto: zvg

Nachhaltigkeit. Den Abschluss der Woche bildet eine Generalversammlung, an der die Ergebnisse präsentiert und reflektiert werden.

Lernen von erfahrenen Praktikern

Begleitet werden die Teilnehmenden von erfahrenen Fach- und Führungskräften aus der Wirtschaft. Diese engagieren sich freiwillig als Coaches und vermitteln Einblicke in den Unternehmensalltag sowie in die Herausforderungen moderner Unternehmensführung. Die Wirtschaftswochen sind ein Programm des Vereins wirtschaftsbildung.ch, der sich seit Jahren für die Förderung wirtschaftlicher Kompetenzen bei Jugendlichen einsetzt. Schweizweit entsenden rund 300 Unternehmen Fachpersonen, die junge Menschen während solcher Projektwochen begleiten.

Für die Organisatoren ist die Rückkehr nach Zug ein wichtiger Schritt. Der Kanton zählt zu den bedeutendsten Wirtschaftsstandorten der Schweiz und vereint internationale Konzerne, innovative KMU und ein starkes Bildungsumfeld.

«Es freut uns sehr, dass dieses erfolgreiche Format wieder im Kanton Zug durchgeführt werden kann», sagt Claudia Pittner, Geschäftsführerin der Zuger Wirtschaftskammer. Junge Menschen könnten wirtschaftliche Zusammenhänge dort erleben, wo Unternehmertum täglich gelebt werde. Auch die Zürcher Handelskammer sieht in den Wirtschaftswochen einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Bildung. Ziel sei es, künftigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ein besseres Verständnis für wirtschaftliche Prozesse und Zusammenhänge zu vermitteln. UG

Die Zuger Datenschutzstelle blickt auf ein arbeitsintensives Jahr zurück

Als unabhängige Aufsichts- und Beratungsstelle setzt sich die Datenschutzstelle für den Schutz von Grund- und Persönlichkeitsrechten von Bürgerinnen und Bürgern ein, deren Daten von Zuger Behörden bearbeitet werden. Im vergangenen Jahr zeigte sich, dass sich die intensiven Bemühungen der Datenschutzstelle, Standardabläufe und -dokumente einzuführen, gelohnt haben.

Aus dem Tätigkeitsbericht 2025 der Datenschutzstelle geht hervor, dass der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit wie in den Vorjahren auf der Beratung und Aufsicht lag. In diesem Rahmen unterstützt die Datenschutzstelle die Verwaltungsstellen u. a. dabei, Datenschutz und Informationssicherheit bei Vorhaben für die digitalisierte Bearbeitung von Personendaten von Beginn weg miteinzubeziehen und umzusetzen.

Fokus auf dem präventiven Datenschutz

Die Datenschutzstelle stellt den Verwaltungsstellen für Digitalisierungs- und Transformationsprojekte hilfreiche Informationen und Vorlagen zur Verfügung. Diese erlauben den Verantwortlichen, in einem

frühen Stadium eines Vorhabens alle relevanten Abklärungen vorzunehmen, namentlich betreffend die Rechtsgrundlagen, die Risiken für die Grund- und Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen und die mit Blick darauf zu treffenden technischen und organisatorischen Massnahmen. Die Hilfsmittel werden inzwischen standardmässig genutzt, und die Abläufe haben sich etabliert.

Aufwand im Bereich Gesetzgebung gestiegen

Datenschutz und Informationssicherheit wird dadurch in Digitalisierungs- und Transformationsvorhaben präventiv und proaktiv Rechnung getragen. Verbesserungsbedarf gibt es noch dort, wo die Verantwortlichen eine verwaltungsunabhängige Stellungnahme bei der Datenschutzstelle einholen müssen – entweder weil die Verantwortlichen eine Vorabkonsultation bei der Datenschutzstelle nicht eingeplant haben oder weil die dafür vorgesehene Zeit zu knapp bemessen ist und ein Vorhaben vor Abschluss der Vorabkonsultation in den Betrieb geht. Für Kontrollen von praktizierten Datenbearbeitungen auf ihre Rechts- bzw. Datenschutzkonformität fehlen der Datenschutzstelle die Ressourcen.

Im Berichtsjahr deutlich angestiegen ist bei der Datenschutzstelle der Aufwand im Bereich der Gesetzgebung. So äusserte sie sich zu mehreren kantonalen Gesetzgebungsvorlagen teils ausführlich. Dies tut die Datenschutzstelle immer dann, wenn eine Vorlage hohe Relevanz für die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger oder der Mitarbeitenden hat. Ebenso äussert sie sich, wenn eine Gesetzgebungsvorlage direkt das Datenschutzgesetz betrifft, etwa betreffend die Unabhängigkeit oder die Aufgaben und Kompetenzen der Datenschutzstelle. Solche Bestrebungen geben insbesondere dann Anlass zur Stellungnahme, wenn der Fokus nicht auf einer Revision des Datenschutzgesetzes, sondern auf der Schaffung von Rechtsgrundlagen liegen sollte. Denn auf diese Grundlagen sind die Verwaltungsstellen angewiesen, um Digitalisierungs- und Transformationsvorhaben umsetzen zu können. Revisionsbedarf im Datenschutzgesetz gibt es, und zwar hinsichtlich der fehlenden Befugnis der Datenschutzbehörde im Kanton Zug, verbindliche Entscheidungen zu erlassen. Dies wurde auch im Rahmen der im Berichtsjahr durchgeführten Schengen-Evaluierung Schweiz 2025 festgestellt. RED

Ein Blumenstrauss für das Alter

Oberägeri hat an der Gemeindeversammlung vom 15. Juni einen Kredit gutgeheissen, der es uns erlaubt mit unserem Neubauprojekt für ein Pflegezentrum fortzufahren. Zum Glück!

Zum Glück? Nein, mit Glück hat das nichts zu tun. Die Oberägerer Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass wir dringend Pflegebetten brauchen, da die Betten bereits heute nicht ausreichen. Die möglichen Konsequenzen, wenn wir die mit der demographischen Alterung einhergehenden Herausforderungen nicht meistern, sind dramatisch.

Aber reicht das? Können wir in Oberägeri uns nun zurücklehnen, weil wir mit diesem Neubauprojekt die ultimative Lösung haben?

Weit gefehlt! Was es braucht, ist ein Blumenstrauss von Massnahmen. Beton ist nur eine davon.

In allen Gemeinden sind Projekte in der einen oder anderen Form unterwegs. Das ist auch dringend notwendig, braucht es doch fast eine Verdoppelung der Pflegebetten. Was alle Projekte gemeinsam haben; kaum jemand wird für die Spitze der demografischen Alterungsplanen, denn Beton ist teuer, Fachpersonen kaum zu finden, das Risiko leerer Pflegebetten schwierig zu verantworten und die Basis eine Prognose. Ergo werden Betten fehlen für die «Spitze» mit den meisten über 80-Jährigen ab 2045.

Wer springt in die Bresche? Ein kantonales Container-Pflegezentrum? Die Antwort bleibt abzuwarten. Klar ist, der Massnahmen-Blumenstrauss muss farbig und vielseitig sein. Es braucht eine Stärkung von



Laura Marty-Iten.

Foto: zvg

ambulant und intermediären Angeboten, innovative Wohnangebote, spezialisierte Pflegeangebote in ausreichender Zahl, Betreuungslösungen unabhängig vom Pflegebedarf, Palliativkonzepte, Lösungen für dementielle Erkrankungen usw. Und vor allem braucht es die gesetzlichen Grundlagen und die Finanzierungslösungen dazu. Denn ein Angebot besteht nur, wenn es auch finanziert werden kann.

Aktuell sind viele dieser Blumen noch nicht einmal gesät. Viele Akteure zögern noch Schaufel und Giesskanne in die Hand zu nehmen. Damit der Strauss gelingt, brauchen wir aber alle: Kantonsrat, Regierungsrat und Gemeinden. Nicht später, sondern jetzt.

Sind wir dazu bereit, Kanton Zug?

Laura Marty-Iten,
Gemeinderätin Oberägeri
Kantonsrat für Forum und ALG

Sprachen mit Freude

Das Frühfranzösisch steht unter Druck. Das ist verständlich: Für viele Kinder ist Französisch in der Primarschule anspruchsvoll, und auch die Lehrpersonen stehen vor Herausforderungen. Die Diskussion darf nicht einfach abgetan werden. Aber Französisch in der Primar ersatzlos zu streichen, wäre der falsche Weg. Französisch ist eine Landessprache. Wer sich in unserem Land verständigen kann, gewinnt kulturell, beruflich und persönlich. Gerade im international ausgerichteten Kanton Zug sind Sprachkenntnisse ein Vorteil. Doch es genügt nicht, ein Fach im Stundenplan zu behalten. Entscheidend ist, ob der Unterricht wirkt – und ob es gelingt, bei den Kindern Freude an der Sprache zu wecken. Gleiches gilt für das Englische, nur dort fällt es den Kindern einfacher.

Darum habe ich mit Kollegen der FDP-Fraktion im Kantonsrat ein Postulat eingereicht. Wir verlangen eine kritische Auslegeordnung zum Fremdsprachenunterricht auf Primar- und Sekundarstufe I sowie Massnahmen für bessere Lernerfolge. Geprüft werden sollen Qualifikation, Weiterbildung und Motivation der Lehrpersonen, der sinnvolle Einsatz von Fachkräften und Muttersprachlern, motivierendere Methoden, mehr Austauschprogramme sowie Best Practices aus anderen Kantonen. Und wenn es in Einzelfällen einfach nicht geht, sollte eine Dispensation kein Tabu sein. Der Regierungsrat nimmt diese Anliegen positiv auf. Er hält am Frühfranzösisch fest, anerkennt aber die schwierige Ausgangslage und schlägt Massnahmen vor: Aus-



Peter Letter.

Foto: zvg

tauschprogramme mit der Westschweiz sollen weitergeführt und verankert werden. Die Französischateliers «Allons-y! Parlons!» sollen ausgebaut werden. Die PH Zug plant für 2026/27 einen Weiterbildungsschwerpunkt Fremdsprachen. Zudem sollen Sprachassistentenpersonen, bilingualer Unterricht, digitale Lernmittel und ein freiwilliges Sprachzertifikat am Ende der Primarschule geprüft werden. Auch der Kompetenzstand im Französisch soll künftig erhoben werden. Das ist der richtige Weg: nicht ideologisch streichen, sondern pragmatisch verbessern. Die FDP steht für eine qualitativ gute Bildung ein. Unsere Kinder verdienen keinen Symbolentscheid, sondern Unterricht, der sie weiterbringt.

Peter Letter, Oberägeri
Kantonsrat FDP